

# Synopse der Wahlprogramme zur Landtagswahl 2018

						
<b>Wirtschafts- und Mittelstandspolitik</b>						
<ul style="list-style-type: none"> <li>• Mittelstand und Handwerk stärken</li> <li>• Förderprogramm zur Ansiedlung der Wirtschaft in ländlichen Regionen („Invest daheim“)</li> <li>• Keine Steuererhöhungen für den Mittelstand</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Mittelstand und Handwerk stärken</li> <li>• Investitionen in Wirtschaft fördern</li> <li>• Bayerische Industriepolitik einführen</li> <li>• Gesetzliche Ausbildungsgarantie mit Strafzahlungen für Betriebe, die nicht ausbilden</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Mittelstand stärker unterstützen</li> <li>• Wirtschaftsförderung auf innovative und nachhaltige KMU konzentrieren</li> <li>• Digitalisierung und Aus-/Fortbildung in KMU und Handwerk fördern</li> <li>• Regionale Wirtschaftskreisläufe stärken</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Bayerische Wirtschafts- und Forschungsförderung konsequent auf den Mittelstand ausrichten</li> <li>• Steuerliche Entlastung des Mittelstands</li> <li>• Steuerliche Förderung von Mittelständlern bei Forschung und Entwicklung</li> <li>• Beratung und Förderung für Unternehmen, die Wirtschaftsförderung beantragen, künftig aus einer Hand</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Zukunftsfähige Rahmenbedingungen und Bürokratieabbau für mittelständische Unternehmen</li> <li>• Verpflichtende Kammermitgliedschaften für Unternehmen und Selbstständige abschaffen</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Straffung und Neuausrichtung der regionalen Wirtschaftsförderung mit Blick auf Digitalisierung, grenzüberschreitende Projekte und Innovation</li> <li>• Gesetze und Verordnungen auf KMU-Tauglichkeit prüfen („Mittelstandsklausel“)</li> <li>• Faire Besteuerung des Mittelstands</li> <li>• Wirtschaftsförderung befristen und ständig evaluieren</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Richtungswechsel zu sozialer und nachhaltiger Wirtschaft</li> <li>• Landesmindestlohn von 12 Euro/h bei Unternehmen mit staatlichen Aufträgen oder Förderung</li> <li>• Förderprogramme für Weiterbildungen und Umschulungen</li> <li>• Fördermittel für mittelständische Betriebe, die sich an tarifliche Standards halten</li> <li>• Ausbildungsabgabe für Unternehmen mit weniger als 7 Prozent Ausbildungsplätzen</li> </ul>
<b>Bürokratieabbau</b>						
<ul style="list-style-type: none"> <li>• Bürokratieabbau speziell in den Bereichen Landwirtschaft, Bauwesen, Gaststätten sowie bei der Steuererklärung</li> <li>• Erleichterung von Statistikpflichten und Rückkehr zur vierteljährlichen Umsatzsteueranmeldung bei Gründern</li> </ul>	<p><i>Keine Erwähnung im Wahlprogramm</i></p>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• E-Government-Angebote zur Senkung von Bürokratiekosten unterstützen</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Bürokratie-Praxis-Check im Vorfeld von neuen Gesetzen und Verordnungen</li> <li>• Unabhängiges Bürokratie-Kontrollgremium schaffen</li> <li>• EU-Recht ohne weitere deutsche und bayerische Verschärfungen umsetzen</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Stärkung des Bürokratieabbaus</li> <li>• Bayerische Deregulierungsoffensive mit dem Ziel, die Bürokratiekosten zu halbieren</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Beschleunigung des Bürokratieabbaus</li> <li>• Verwaltung in Landratsämtern und kreisfreien Städten wirtschaftsfreundlicher gestalten</li> <li>• Ablaufrist für bayerische Landesgesetze („sunset-clause“)</li> </ul>	<p><i>Keine Erwähnung im Wahlprogramm</i></p>



**SPD**



**Alternative**  
für Deutschland

**Freie Demokraten**  
FDP

**DIE LINKE.**

## Finanzwesen und Regionalbanken

*Keine Erwähnung im Wahlprogramm*

- Regionalbanken entlasten
- Finanztransaktionssteuer einführen
- BayernLB als Bank mit öffentlichem Auftrag erhalten

- Regionalbanken erhalten und unterstützen
- Nachhaltiges Wirtschaften und finanzielle Kompetenz in den Schulen vermitteln

- Sparkassen und Genossenschaftsbanken erhalten und stärken
- Höhere Eigenkapitalanforderungen bei Kreditinstituten verhindern
- EU-Einlagensicherung für Regionalbanken verhindern

- Regionalbanken aus EU-Einlagensicherung heraushalten
- Regionalbanken stärken und erhalten
- Regionalbanken auf nationaler Ebene regulieren und beaufsichtigen
- „Recht auf Bargeld“ im Grundgesetz verankern

- Finanzielle und wirtschaftliche Bildung in Schulen ausweiten
- Staatliche Beteiligungsinstrumente auf Finanzierung von Gründern ausrichten

- Regionalbanken als Instrument örtlicher Wirtschaftsförderung erhalten

## Landwirtschaft

- Entlastung und attraktive Rahmenbedingungen für innovative Landwirtschaft und familiäre Betriebe
- Digitalbonus für die Landwirtschaft einführen

- Erhalt einer bäuerlichen und eigentümergeprägten Landwirtschaft
- Ökolandbau auf mindestens 20 Prozent der Agrarfläche
- Förderung für artgerechte Tierhaltung ausbauen
- Gesetzliche Vorgaben für die Nutztierhaltung überprüfen
- Gesetzlich festgelegtes Verbandsklagerecht für Tierschutzorganisationen
- Einsatz von Pestiziden verringern
- Keine staatliche Intervention auf Lebensmittelmärkten

- Ausbau der tiergerechten, nachhaltigen und ökologischen Landwirtschaft
- Regionale Vermarktungsstrukturen und landwirtschaftliche Genossenschaften fördern
- Ökolandbau auf 30 Prozent der Agrarflächen bis 2025
- Tiergerechte Haltung stärken
- Förderung für Umbau von Anbindeställen ausweiten
- Glyphosat verbieten und Pestizideinsatz bis 2030 halbieren
- Intelligente Milchmengenreduzierung

- Erhalt und Wiederaufbau der kleinstrukturierten, verbraucher-nahen und mittelständischen Landwirtschaft
- Kurze Lieferketten durch Regionalisierung in Lebensmittelproduktion und Förderung der Direktvermarktung
- Regionale Lebensmittel fördern und bewerben
- Höhere Tierwohlstandards fördern und auch finanziell honorieren
- Marktbeherrschende Strukturen im Lebensmitteleinzelhandel bekämpfen

- Artgerechtes Haltungssystem fördern
- Keine Einschränkung der Anbindehaltung von Milchvieh

- Keine staatl. Eingriffe in Lebensmittelmärkte
- Keine nationale oder europäische Milchmengenbegrenzung
- Förderung für artgerechte Tierhaltung ausweiten
- Oligopole oder Monopole in der Landwirtschaft und im Lebensmitteleinzelhandel verhindern
- Einsatz von Pestiziden verringern
- Neue Vermarktungsmodelle durch niedrige Steuern und weniger Bürokratie fördern
- Bürokratieabbau im Landwirtschaftssektor
- Digitalisierung in der Landwirtschaft fördern

- Wandel zu ökologisch-orientiertem Landbau
- Zusammenschlüsse und Bildung von Genossenschaften finanziell fördern und unterstützen
- Stärkere Förderung des ökologischen Landbaus
- Mindestpreis für Agrarprodukte (42 ct/l bei Milch)
- Glyphosat-Verbot
- Antibiotika-Einsatz reduzieren
- Tiergerechte Haltungsformen fördern
- Verbot der Anbindehaltung bei Milchvieh
- Verbandsklagerecht für Tierschutzorganisationen



**SPD**



**DIE LINKE.**

## Energiepolitik

- Bezahlbare Strompreise sicherstellen
- 10-H-Regel beibehalten

- 100 Prozent Erneuerbare Energien bis 2035
- 10-H-Regel abschaffen
- Investitionsförderprogramm für Energiegenossenschaften auflegen
- Vorrang für erneuerbare Energien im Landesentwicklungsprogramm
- Stromnetze für Nord-Süd-Transport ausbauen.
- Forschungsförderung für die Energiewende aufstocken

- 100 Prozent Erneuerbare Energien bis 2030
- 10-H-Regel abschaffen
- Vorrang für dezentrale Stromerzeugung
- Reform des EEG, um Ausbau erneuerbarer Energien stärker zu regionalisieren
- Betrieb von kleinen Solaranlagen und Mieterstrommodellen unterstützen
- Feste EEG-Vergütung für Bürgerenergieanlagen
- Aufbau kommunaler Wärmenetze in Bürgerhand fördern
- Ausbau der Übertragungsnetze unter Berücksichtigung der Anforderung erneuerbarer Energien
- Förderung von Stromspeichern und intelligenten Stromnetzen ausbauen

- Schnellstmöglich aus fossilen Energieträgern aussteigen
- 10-H-Regel abschaffen
- Neugestaltung der EEG-Umlage
- Klimaschutz in bayerische Verfassung aufnehmen
- Kraft-Wärme-Kopplung massiv fördern und ausbauen
- Bürgerenergie: mehr Wertschöpfung in die Hand von Bürgern und Kommunen legen
- Förderprogramm für Bürgerenergieprojekte
- Stärkung regionaler Energieversorgung
- Intelligente Stromnetze vorantreiben
- Speichertechniken ausbauen
- Kleine Wasserkraftwerke schützen: Praxistauglicher Mindestwasserleitfaden

- Abschaffung des EEG
- Beibehaltung der 10-H-Regel
- Keine Erneuerbare-Energien-Anlagen in Wäldern und Schutzgebieten
- Unterstützung dezentraler Energieproduktion und Versorgung
- Keine Abgaben bei Eigennutzung von Erneuerbaren Energien

- Einspeisevergütung für Neuanlagen beenden
- Senkung oder Abschaffung der Stromsteuer
- Streckungsfonds zur Deckelung der EEG-Umlage
- Dezentrale Energieversorgung stärken
- Keine Steuern und Abgaben für Eigenstrom
- Wasserkraft stärker ausbauen
- Ausbau der Übertragungs- und Verteilnetze
- Forschungsinitiative für Speichertechnologien und smarte Netze

- EEG-Reform mit Entlastung der Verbraucher
- 10-H-Regelung abschaffen
- Dezentrale Energieerzeugung in kommunalen oder genossenschaftlichen Anlagen stärker unterstützen
- Energiegenossenschaften in Bürgerhand fördern
- Verpflichtender Sockeltarif für Strom
- Kein Ausbau der Stromnetze
- Stärkere Beteiligung von Bürgerenergiegenossenschaften beim Netzbetrieb
- Förderung für Speichertechnologien ausbauen
- Neubau von kleinen Wasserkraftwerken stoppen

						
<b>Digitalisierung</b>						
<ul style="list-style-type: none"> <li>• Digitalbonus für Mittelständler aufstocken</li> <li>• Digitalisierung der Verwaltung bis 2020</li> <li>• Gigabit-Anschluss für alle Unternehmen und Haushalte bis 2025</li> <li>• Flächendeckendes 5G-Mobilfunknetz</li> <li>• Datencloud für KMU („BayernCloud“)</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Stabstelle Digitalisierung in der Staatskanzlei einrichten</li> <li>• Gigabit-Anschlüsse für bayerische Gewerbegebiete</li> <li>• Flächendeckende 5G-Mobilfunkversorgung</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Digitale Kommunikation zwischen Behörden und Unternehmen (E-Government) ausbauen</li> <li>• flächendeckende Versorgung mit Breitbandinternet durch Glasfasernetz und ein leistungsfähiges Mobilfunknetz</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Bayerisches Digitalisierungsministerium</li> <li>• Ausschuss für Digitales im Bay. Landtag</li> <li>• E-Government-Angebote für Unternehmen ausbauen</li> <li>• Digitalbonus für kleine und mittlere Unternehmen nach 2018 weiterführen</li> <li>• Leistungsfähiges Glasfasernetz und flächendeckende 5G-Mobilfunkversorgung bis 2023</li> <li>• Gigabit-Offensive für den Mittelstand</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Landesministerium für Digitalisierung schaffen</li> <li>• Förderung von E-Government</li> <li>• Breitbandausbau und 5G-Mobilfunkversorgung forcieren</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Digitalisierung aller Verwaltungsvorgänge bis 2025</li> <li>• Digitale Freiheitszonen mit speziellen Rahmenbedingungen für Unternehmen im Bereich der Digitalisierung („Bavarian Valleys“)</li> <li>• Ausbauprogramm „Digitalisiertes Bayern“ mit flächendeckenden Glasfaseranschlüssen</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Flächendeckender Ausbau eines dezentralen Glasfasernetzes und der mobilen Netze</li> <li>• Genossenschaften zum Netzausbau fördern</li> </ul>
<b>Europa</b>						
<ul style="list-style-type: none"> <li>• Bayerns Rolle und Einfluss in Europa stärken</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Einsatz für ein soziales und gerechtes Europa</li> <li>• Einsatz für ein nachhaltiges Europa</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• EU sozialer und demokratischer gestalten</li> <li>• Förderales Europa mit starken Regionen und europäischer Solidarität</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Früheres Einwirken Bayerns auf EU-Gesetzgebungsprozess</li> <li>• Bayerns Stimme im Europäischen Ausschuss der Regionen stärken</li> <li>• Europa in der Wirtschaftspolitik stärken</li> <li>• Deutsche Sprache in Europa stärken</li> <li>• Rückkehr zum Grundsatz „Jedes Land haftet für seine Schulden selbst“</li> </ul>	<p><i>Keine Erwähnung im Wahlprogramm</i></p>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Subsidiaritätsprinzip konsequent anwenden</li> <li>• Verwaltungsabbau und Stärkung des Europäischen Parlaments</li> <li>• Stärkere Nutzung der Möglichkeit einer vertieften Zusammenarbeit bzw. eines Europa der verschiedenen Geschwindigkeiten</li> </ul>	<p><i>Keine Erwähnung im Wahlprogramm</i></p>

						
<b>Verbraucherschutz</b>						
<i>Keine Erwähnung im Wahlprogramm</i>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Verbraucherschutz stärken</li> <li>• Staatliche Finanzierung der Verbraucherschutzorganisationen ausweiten</li> <li>• Verpflichtende Haltungskennzeichnung auf Lebensmitteln</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Verbraucherbildung durch Information und Aufklärung verbessern</li> <li>• Verpflichtende Haltungskennzeichnung auf Lebensmitteln</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Bessere und vollumfängliche Informationsmöglichkeiten für Verbraucher schaffen</li> <li>• Klare Kennzeichnung über Herkunft und Produktionsweise der Lebensmittel</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Gesetzlich verpflichtendes Kennzeichnungssystem für die Tierhaltung einführen</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Einführung eines freiwilligen, staatlichen Tierwohl-Labels</li> </ul>	<i>Keine Erwähnung im Wahlprogramm</i>
<b>Genossenschaften</b>						
<i>Keine Erwähnung im Wahlprogramm</i>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Seniorengenossenschaften fördern</li> <li>• Sonderförderprogramm von Dorfläden</li> <li>• Wohnungsbaugenossenschaften fördern</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Sozialgenossenschaften fördern</li> <li>• Dorfläden unterstützen</li> </ul>	<i>Keine Erwähnung im Wahlprogramm</i>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Förderung von genossenschaftlichen Einzelhändlern durch steuerliche Entlastung und Bürokratieabbau</li> <li>• Verstärkter Ausbau von Genossenschaften und Sozialgenossenschaften</li> <li>• Staatliche Flächen für Wohnungsbaugenossenschaften bereitstellen</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Seniorengenossenschaften fördern</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Wohnungsbaugenossenschaften fördern</li> <li>• Genossenschaften beim Verkauf von öffentlichen Boden bevorzugen</li> <li>• Besondere Rechtsform im Genossenschaftsrecht für altersgerechte Wohn- und Kulturprojekte einführen</li> </ul>

**Hinweis:** In die Übersicht wurden alle Parteien aufgenommen, die im aktuellen Bayerischen Landtag vertreten sind und die nach aktuellen Umfragen wahrscheinlich in den kommenden Landtag einziehen. Die Darstellung der Parteien erfolgt in der Reihenfolge ihrer Ergebnisse bei der Landtagswahl 2013 gefolgt von den Parteien, die laut Umfragen in den nächsten Landtag einziehen könnten. Um die Übersichtlichkeit zu verbessern, sind die jeweiligen Positionen sinn gemäß wiedergegeben.

## Quellen:

- Programm der CSU: „JA zu Bayern!“ - beschlossen auf dem Landesparteitag am 15. September 2018 in München (Link: [https://www.csu.de/common/csu/content/csu/hauptnavigation/dokumente/2018/CSU-Wahlprogramm\\_JA\\_ZU\\_BAYERN.pdf](https://www.csu.de/common/csu/content/csu/hauptnavigation/dokumente/2018/CSU-Wahlprogramm_JA_ZU_BAYERN.pdf)) und „Regierungsprogramm des Bayerischen Ministerpräsidenten Dr. Markus Söder“ (Link: <https://www.csu.de/wahl2018/views/programm.php>)
- Programm der SPD: „Zukunft im Kopf, Bayern im Herzen.“ – beschlossen auf dem Landesparteitag am 18. Juni 2018 in Weiden in der Oberpfalz (Link: <https://bayernspd.de/programm/>)
- Programm von Bündnis90/Die Grünen: „Mit uns die Zukunft!“ – beschlossen auf der Landesdelegiertenkonferenz am 5. und 6. Mai 2018 in Hirschaid (Link: <https://ichwill.gruene-bayern.de/programm/>)
- Programm der Freien Wähler: „Für die Zukunft unserer Heimat“ – beschlossen auf der Landesversammlung am 30. Juni 2018 in Nürnberg (Link: <https://www.freie-waehler-bayern.de/wahlen-2018/>)
- Programm der AfD: „Bayern. Aber sicher!“ – beschlossen auf dem Landesparteitag am 09. Juni 2016 in Nürnberg (Link: <https://www.afdbayern.de/wahlen-2018/wahlprogramm-landtagswahl-2018/>)
- Programm der FDP: „Eine neue Generation Bayern.“ - beschlossen auf dem Landesparteitag am 26. März 2018 in Bad Windsheim (Link: <https://www.fdp-frisches.bayern/fdp/wahlprogramm>)
- Programm von Die Linke: „Mehr für die Mehrheit!“ – beschlossen auf dem 11. Landesparteitag am 28. April 2018 in Kissing (Link: [https://www.die-linke-bayern.de/fileadmin/Bayern/Wahlen/Landtag2018/Programm/23.08.18/twb18\\_wahlprogramm.pdf](https://www.die-linke-bayern.de/fileadmin/Bayern/Wahlen/Landtag2018/Programm/23.08.18/twb18_wahlprogramm.pdf))